

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Ettlinger Zeitung. 1949-1973 1952

3 (4.1.1952)

ETTlinger ZEITUNG

Anzeigenpreis: Die 6-gespaltene Millimeterzeile 15 Pf. — (Preisliste Nr. 3.) (Tel. aufgehoben. Inserate ohne Gewähr.) Abbestellungen können nur bis 25. auf den Monatsersten angenommen werden.

Badischer Landmann
gegründet 1896



Süddeutsche Heimatzeitung
für den Albgau

Erscheinungsweise: Tägl. mittags außer sonntags. — Durch die Post 2.50 DM, zuzüglich 54 Pf. Zustellgeld. — Einzelnummer 15 Pf., samstags 20 Pf. — Frei Haus 2.80, im Verlag abgeholt 2.50 DM.

4. / 53. Jahrgang

Freitag, den 4. Januar 1952

Nr. 3

Pieven erhielt Vertrauensvotum

Paris (UP). Die Regierung Pieven erhielt am Donnerstagabend in der Nationalversammlung ein knappes Vertrauensvotum in der Frage des Staatshaushalts. Für die Regierung wurden 254 und gegen sie 247 Stimmen abgegeben; 126 Abgeordnete enthielten sich der Stimme. Gegen Pieven stimmten die Kommunisten und die Gaullisten. Da die Sozialisten und viele unabhängige Abgeordnete sich enthielten, betrug die Mehrheit der Regierung nur sieben Stimmen.

Keine Garantien für freie Wahlen

Kritik am Ostzonen-Gesetzesentwurf — Erneut Wahlen in Berlin gefordert

Berlin (UP). Zu dem Entwurf der Ostzonen-Regierung zu einem Gesetz für gesamtdeutsche Wahlen wird sowohl in Bonn als auch in Berlin bemerkt, daß darin keinerlei Garantien enthalten sind, daß die Wahlen auch wirklich frei sein würden. „Wir kennen Wahlen in Volksdemokratien“, betonen diese Kreise; Garantien für die Freiheit der Wahl könnten nach Auffassung der Bonner Regierung nur durch eine Kontrolle der Wahl durch neutrale Beobachter geschaffen werden. Eine offizielle Stellungnahme der Bundesregierung zu dem Wahlgesetz werde erst erfolgen, wenn der genaue Wortlaut des Gesetzes vorliege.

Der CDU-Fraktionsvorsitzende des Berliner Abgeordnetenhauses, Ernst Lemmer, nannte das Gesetz „wunderschön“, sprach jedoch den Versuchern die „politische Glaubwürdigkeit“ ab und meinte, eine internationale Wahlkontrolle ließe sich nicht umgehen. Lemmer hob hervor: „Ob die UN oder die vier Großmächte ein Kontrollorgan schaffen, ist eine sekundäre Frage. Aber Wahlen ohne internationale Kontrolle sind unmöglich.“

Proteste und Gegenargumente der bürgerlichen Parteien löste die Feststellung des SPD-Abgeordneten Willi Brandt aus, daß sich die Bundesregierung einer Serie von Versäumnissen in der Frage gesamtdeutscher Wahlen schuldig gemacht habe. Es hätte nicht geschehen dürfen, daß der Osten ein Wahlgesetz vor einem Entwurf des Bundes vorlege. Die Bundesregierung habe zwei Monate untätig verstreichen lassen, betonte Brandt.

Das Berliner Abgeordnetenhhaus forderte erneut freie Wahlen in ganz Berlin und billigte die Erklärung des regierenden Bürgermeisters Ernst Reuter vor dem Politischen Sonderausschuß der UN-Vollversammlung zur Frage gesamtdeutscher Wahlen. In einer Entscheidung betonte das Parlament: „Die demokratisch legitimierte Vertretung Berlins würde einer Untersuchungskommission der Vereinten Nationen jede mögliche Unterstützung bei der Erfüllung ihres Auftrags zuteil werden lassen.“

Der Ministerrat der Ostzone erklärte sich damit einverstanden, daß eine gemischte Kommission ost- und westdeutscher Vertreter vor gesamtdeutschen Wahlen in der Ostzone und im Bundesgebiet die Wahlvoraussetzungen überprüft. Eine UN-Kontrolle wurde abgelehnt. Ulbricht versicherte erneut, nach den Wahlbedingungen könnten westdeutsche Vertreter und Kandidaten Einblick in die Ostzone nehmen. Politiker und Parteien aus dem Bundesgebiet könnten in der Ostzone Versammlungen veranstalten und mit der Bevölkerung sprechen. Das gleiche Recht stünde dann den ostdeutschen Vertretern in Westdeutschland zu.

Bundesflüchtlingsminister Lukaschek wird am Wochenende in Paris mit Vertretern internationaler caritativer Organisationen das deutsche Flüchtlingsproblem erörtern.



Pastor Niemöller in Moskau eingetroffen
Der Leiter des Außenamtes der Evangelischen Kirche Deutschlands, Niemöller, wurde in Moskau von dem orthodoxen Bischof Mocari empfangen. Unser Bild zeigt Niemöller (rechts), unmittelbar vor seinem Abflug auf dem Berliner Flughafen Tempelhof, links Probst Grüber, Mitte Niemöllers Tochter, die ihn begleitet.

Für die Aufschiebung des Südweststaats

Gesetzesentwurf in Bonn eingebracht — Kabinettsitzung fiel aus

Bonn (UP). Bundestagsabgeordnete der CDU/CSU, der Bayernpartei, des Zentrums und der Deutschen Partei haben die Verschiebung der Bildung des Südweststaats bis zur Durchführung der nach Artikel 29 des Grundgesetzes im gesamten Bundesgebiet vorgesehenen Neugliederung beantragt. Der entsprechende Antrag ist in Bonn veröffentlicht worden.

In Kreisen des Bundestages wird jedoch nicht angenommen, daß der Antrag, der in Form eines Gesetzesentwurfes eingebracht worden ist, eine Mehrheit im Parlament finden wird, da die gesamte SPD und FDP, ein Teil der DP und auch ein Teil der CDU gegen ihn stimmen werden.

Die erste Sitzung des Bundeskabinetts im neuen Jahr, die ursprünglich für Donnerstag vorgesehen war, ist abgesagt worden. In dieser Sitzung wollte der Bundeskanzler den Ministern über die Pariser Außenministerkonferenz berichten. Ursache der Verschiebung ist der Umstand, daß noch nicht alle Bundesminister wieder in Bonn eingetroffen sind. Ein großer Teil der Kabinettsmitglieder hatte sich über Weihnachten und Neujahr auf Urlaub begeben.

Die Bundesrepublik hat sich im vergangenen Jahr in der Außenpolitik das Mitbestimmungsrecht erworben, schrieb Staatssekretär Hallstein in einem Jahresrückblick im „Bulletin“ der Bundesregierung. Praktisch stehe die Bundesrepublik heute schon „in ganz wesentlichen Punkten im Range eines gleichberechtigten Partners“. Die Atmosphäre sei bei den diplomatischen Konferenzen des letzten Jahres von Grund auf anders geworden. Das Jahr 1952 werde als das Jahr der Reife die Früchte der schweren Arbeit der vergangenen 12 Monate bringen. Schon 1951 seien Entscheidungen von außerordentlicher Bedeutung gefallen. „In diesem Jahr hat das deutsche Volk erkannt, daß der Friede nicht geschenkt wird. Friede heißt nicht Neutralisierung, sondern Verteidigung, und dies wiederum bedeutet aktive Mitarbeit in der europäischen Verteidigungsgemeinschaft.“

Ollenhauer vertritt Schumacher
Der SPD-Vorsitzende, Dr. Kurt Schumacher, wird an der Schumanplan-Debatte im Bundestag nächste Woche aus gesundheitlichen Gründen nicht teilnehmen können und sich auch weiterhin jeder parlamentarischen Tätigkeit enthalten, da nach Mitteilung des behandelnden Arztes Schoonung weiterhin notwendig sei.

Die zwischen der Opposition und dem Bundeskanzler vorgesehene zweite Besprechung aktueller Probleme der Innen- und Außenpolitik wird aller Wahrscheinlichkeit nach dieses

mal von dem zweiten Vorsitzenden Erich Ollenhauer wahrgenommen, der schon an der letzten Konferenz Dr. Adenauers mit Dr. Schumacher teilgenommen hatte.

Die Fraktion der CDU/CSU hat dem Bundestag einen Gesetzesentwurf zugeleitet, der eine Einflußnahme der Länder auf die deutsche Vertretung in der Schumanplan-Behörde sicherstellen soll. Nach dem Gesetzesentwurf wird die Bundesregierung verpflichtet, ihre Weisungen an die deutschen Vertreter im Rat der Montanunion nur nach Beratung mit einem Länderausschuß zu erteilen.

3 Milliarden für Kriegssopfer

Der Sozialhaushalt des Bundes ist, wie aus dem „Bulletin“ der Bundesregierung hervorgeht, gegenüber dem Vorjahr um 47 Prozent gestiegen und beansprucht mit 7,6 Milliarden im Rechnungsjahr 1951/52 nunmehr 37 Prozent der Gesamteinnahmen des Bundes. Einen wichtigen Platz im Sozialhaushalt nimmt die Versorgung der Kriegssopfer ein. Der Haushaltsplan 1951 sieht für die rund 4 Millionen Versorgungsberechtigten Ausgaben von über 3 Milliarden DM vor.

Für die Heilbehandlung der Kriegssopfer sollen in diesem Jahr 260 Millionen DM aufgebracht werden. Um eine raschere „Umanerkennung“ der Renten nach dem Bundesversorgungsgesetz zu gewährleisten, seien bei den Verwaltungsstellen 1564 neue Stellen geschaffen worden, die Pläne für 1951 sehen weitere 1870 Stellen vor. Bis zum 30. September 1951 wurden 1,5 Millionen Renten (39,2 Prozent) unanerkannt.

Fast 5000 sind heimgekehrt

Im vergangenen Jahr sind nach einer Mitteilung des Verbandes der Heimkehrer, Kriegsgefangenen- und Vermittlungsangehörigen insgesamt 4 962 Deutsche aus der Gefangenschaft zurückgekehrt. Es handelt sich dabei um ehemalige Wehrmachtangehörige und Zivilinterne, die man als angelegliche „Kriegsverbrecher“ zu langjährigen Freiheitsstrafen verurteilt hatte. Außerdem befanden sich unter den Heimkehrern ehemalige Häftlinge aus den Konzentrationslagern der Sowjetzone. Aus der Sowjetunion sind 264, aus Polen 322, aus der Tschechoslowakei 59 und aus Jugoslawien 793 Gefangene in die Heimat zurückgekehrt, die übrigen aus Frankreich, Großbritannien, Holland und Belgien.

Der Vertriebenenausschuß des Bundestages hat die Beratung des Vertriebenen-Gesetzes begonnen. Minister Dr. Lukaschek berichtete über die Grundlagen des Gesetzes, das die Eingliederung der Heimatvertriebenen in die Wirtschaft des Bundesgebietes sichern soll. Er sprach dabei die Hoffnung aus, daß die Vorlage bald vom Bundestag verabschiedet werde.

Washington setzt Churchill unter Druck

Klare Stellungnahme zur Europa-Armee — Aenderung der amerikanischen Außenpolitik?

Washington (UP). In amerikanischen Regierungskreisen wurde die Hoffnung ausgesprochen, bei den Verhandlungen mit Churchill Näheres über die britische Stellungnahme zur Europa-Armee zu erfahren. In diesem Zusammenhang soll auch die deutsche Frage erörtert werden.

Wie weiter verlautet, wird von amerikanischer Seite darauf gedrungen werden, daß Großbritannien sich im Interesse der gemeinsamen Verteidigung Europas zur Zusammenarbeit mit der Europa-Armee bereit erklärt. Dabei sei nicht daran gedacht, zu fordern, daß Großbritannien einen Teil seiner Streitkräfte einer „internationalen Behörde“ unterstellt. Aber man werde fordern, daß Großbritannien und die westeuropäischen Mächte in Fragen der Truppenausbildung und der Waffenstandardisierung, des Nachrichten- und Verkehrswesens und auf anderen Gebieten zusammenarbeiten, soweit diese nicht in das Gebiet der Politik hinübergreifen.

Von besonderem Interesse ist, daß ausgerechnet in den politisch bedeutsamen Tagen der Amerika-Reise Churchills in Washington die Möglichkeiten einer etwaigen Aenderung der amerikanischen Außenpolitik besonders lebhaft diskutiert werden. Einige einflußreiche Demokraten und Republikaner befürchten, daß die augenblickliche US-Politik der Unterstützung aller demokratischen Staaten an der sowjetischen Peripherie über die wirtschaftlichen Kräfte des Landes gehen und letzten Endes zum Bankrott der amerikanischen Regierung und ihrer Politik führen könnte. Als Alternative beginnt man ernsthaft, eine Politik der „Abschreckung“ ins Auge zu fassen, die darauf abzielt, an bestimmten Stellen mächtige „Abschreckungsmittel“ in Gestalt von militärischen Kräften bereitzuhalten, die einen vernichtenden Schlag gegen das Herz der Sowjetunion ausstellen könnten, sollte diese an irgendeinem Punkt eine Aggression wagen.

Hauptverfechter dieser Theorie ist John Foster Dulles, der Schöpfer des japanischen Friedensvertrages und als republikanischer Berater des Außenministeriums einer der einflußreichsten Männer hinter den Kulissen.

dessen Wort gleiche Geltung bei Republikanern wie bei Demokraten hat. Dulles berichtet selbst, daß seine Gedanken in steigendem Maße eine bereitwillige Ohr unter den Abgeordneten finden, die in den Finanzausschüssen des Kongresses sitzen.

Dulles und seine Anhänger sind der Ansicht, daß die jetzt betriebene Politik der finanziellen Unterstützung freier Staaten an einer Peripherie von etwa 40 000 km Länge im Umkreis der USA im Grunde unrealistisch sei. Ihrer Ansicht nach ist es unmöglich, irgend ein Land oder ein einzelnes Gebiet militärisch so stark zu machen, daß es einem kommunistischen Angriff widerstehen könnte.

Die erwähnte „Abschreckung“ Moskaus soll nach der Version von Dulles folgendermaßen geschehen: „Die freien Nationen sollen sich zusammenschließen und eine Streitmacht von großer Stärke aufstellen. Dann sollen sie sich mehr und mehr auf die abschreckende Wirkung dieser Vergeltungsmacht verlassen.“ Er stelle sich vor, „die inneren russischen Verbindungslinien mit solch zerstörender Gewalt zu treffen, daß der hoch zentralisierte despotische Polizeistaat zusammenfällt.“

Für die Annahme der Dulles'schen Theorien spricht die Befürchtung der Gesetzgeber, die amerikanische Wirtschaft könne nicht noch auf Jahre hinaus ein jährliches Militärbudget von 60 oder 70 Milliarden Dollar ertragen. Zweitens machen sich die Politiker im Wahljahr Sorgen darüber, wie die Verbraucher auf den Mangel an Konsumgütern und die Steuerlasten reagieren werden, die sich erst jetzt voll bemerkbar zu machen beginnen. Schließlich wird noch die Erkenntnis ins Feld geführt, daß einige der europäischen Atlantikpaktstaaten noch nicht einmal ihre augenblicklichen militärischen Ausgaben aufrecht erhalten können.

Allerdings steht der Annahme der Dulles'schen Vorschläge entgegen, daß sie Spuren des „Präventiv-Krieges“ enthalten, der als politisches Mittel von weiten Teilen der amerikanischen öffentlichen Meinung abgelehnt wird. Erfahrene diplomatische Kreise glauben jedoch, daß diese Vorbehalte schließlich den wirtschaftlichen Erwägungen weichen werden.

Wohin steuert die Ostzone

Von Hermann Zölling

Die 18 Millionen Deutsche in der sowjetischen Besatzungszone sehen im neuen Jahr einer zunehmenden wirtschaftlichen Konsolidierung, dem Bau einer „gefälligen“ sowjetischen Fassade nach dem Westen, gleichlaufenden Bestrebungen zur Festigung des kommunistischen Systems im Inneren und einer lebhaften agitatorischen Ausstrahlung nach der Bundesrepublik entgegen. Zu diesem Eindruck gelangen neutrale Beobachter in Berlin auf Grund offizieller Ankündigungen und privater Gespräche mit Pankower Funktionären bei der Beurteilung möglicher Entwicklungsrichtungen 1952 in der Ostzone.

Zweifellos wird die Propaganda für die Wiederherstellung der Einheit Deutschlands zur Verhinderung der Teilnahme des Bundesgebietes am westlichen Verteidigungssystem in diesem Jahr noch an Heftigkeit zunehmen. Das eigentliche Schwergewicht der offiziellen Pankower und Karlsruher Politik wird jedoch darauf gelegt werden, die Wirtschaft der Zone leistungsfähiger zu gestalten und tiefer in das Wirtschaftssystem der Ostblockstaaten einzubauen. Der „Fünfjahresplan“ wird um so mehr forciert werden, als sich der Osten von seinen Auswirkungen auf den Lebensstandard den wohl wirkungsvollsten Anreiz für die westdeutsche Bevölkerung verspricht. Aus der Fülle der offiziell festgestellten „Mängel“, „Engpässe“ und „Fehlerquellen“ schillen sich immer noch folgende Fakten heraus: Jeder Normalverbraucher erhält heute 30 Gramm Fett, 40 Gramm Zucker und 45 Gramm Fleisch oder Wurst pro Tag.

Als der Initiator des „Fünfjahresplanes“, Walter Ulbricht, kürzlich unter der Devise: „Der Fünfjahresplan führt zu einem bisher nie gekannten Wohlstand“ versprach, im Jahre 1955 werde jeder Ostzonen-Einwohner pro Jahr 1 1/4 Paar Lederschuhe beziehen, gab er zu, auch 1952 werde das Schwergewicht der östlichen Planwirtschaft auf der Schwerindustrie und der chemischen Industrie liegen. Um besonders diese Wirtschaftszweige von Zufahren aus dem Westen unabhängig zu machen, und den Lieferungsverpflichtungen nach dem Osten nachkommen zu können, werden die „volkseigenen Betriebe“, die etwa 70 Prozent der Gesamtwirtschaft ausmachen, 1952 von der ministeriellen Planung auf die „betriebswirtschaftliche Rechnungsführung“ umgestellt. Somit werden künftig die Betriebsführungen aus eigener Initiative für den Ausgleich von Produktion und Bedarf verantwortlich sein. Diese Umstellung bedeutet nach Ansicht westlicher Wirtschaftssachverständiger eine direkte Abkehr von der Zwangswirtschaft, wie sie seit 1945 in der Sowjetzone betrieben wurde.

Der Beschluß der Vereinten Nationen, eine Wahlprüfungskommission nach Deutschland zu entsenden, stellt nach Eingeständnissen östlicher Funktionäre Pankow und Karlsruher vor eine schwierige Entscheidung. Mit einer direkten Ablehnung eines Einreisegesuches der UN-Vertreter rechnen SED-Funktionäre und bürgerliche Politiker keineswegs. Man glaubt, in etwa sechs Monaten die Kommission hineinlassen zu können. Inzwischen sollen, wie Informationen aus diesen Kreisen besagen, die inneren Verhältnisse in der Zone dahingehend „gelockert“ werden, daß der Unterschied zwischen den „Volksdemokratien“ und der „antifaschistisch-demokratischen Ordnung“ für westliche Augen offenkundiger werde.

Zu diesem Zweck dürfte vor allem in den unteren Verwaltungsstellen der Ostzone stärker als bisher den bürgerlichen Parteien Einfluß zugestanden werden. Vorbereitende Besprechungen darüber wurden nach östlichen Presseberichten bereits zwischen Ministerpräsident Grotewohl und den bürgerlichen Parteivorsitzenden geführt.

Die Beschlüsse zahlloser kommunistischer Fachtagungen der letzten Wochen lassen den Schluß zu, daß neben der „Dekoration eines Schaufensters nach dem Westen“ die kommunistischen Konsolidierungsbestrebungen im Inneren 1952 weiter zunehmen werden. Nachdem jetzt schon die Justiz zu 90 Prozent fest in den Händen der Pankower Machthaber liegt, zeichnen sich für die nächste Zeit radikale Eingriffe in das geistige Leben ab, soweit es noch nicht im Fahrwasser des dialektischen Materialismus schwebt. Die Staatliche Kommission für Kunstangelegenheiten hat die Ausmerzung „unerwünschter Literatur“, die „Ausklümmung von Museen“ und die Austilgung fester „formalistischer“ Begriffe in der bildenden Kunst angeordnet. Dies soll, wie Ministerpräsident Grotewohl sich ausdrückte, dazu führen, daß „sich die Kunst und Literatur der Politik und ihren Gesetzen unterordnet“.

Alle politischen und wirtschaftlichen Mittel werden von Karlsruher und Pankow in letzter Konsequenz dazu eingesetzt, die Einbeziehung Westdeutschlands in das westliche Verteidi-

Aus der Stadt Ettlingen

Wenn der Schnee fällt

Wie kleine weiße Himmelsvögelchen schweben die ersten Schneeflocken hernieder zur Erde. Leise huschen und tanzen sie am Fenster vorbei, kleine Sterne vom großen Himmelszelt.

Die Kleinen juchzen und haschen fröhlich nach den federleichten Gebilden. Jetzt kann das Christkind wahrhaftig nicht mehr weit sein. Bald wird es herabsteigen und den Menschen Frieden und Freude bringen.

Am Abend aber, wenn draußen die Winde ums Haus heulen und die Nacht ihre schwarzen Flügel ausbreitet, sitzt man gemütlich im wohligen warmen Zimmer beim ballenden Ofen.

Schlittensfahrt im Schneekentempo

Zum Rodeln oder gar zum Skilaufen hat uns der Winter in diesem Jahr noch keinen Schnee beschert. Kaum daß die Hüupter unserer stolzen Schwarzwaldberge ein weißes Mützchen aufgesetzt haben; in der Ebene und an den Vorbergen ist noch immer alles herbstlich — oder schon frühlinghaft?

Kolpingsbrüder auf großer Fahrt

Am Montag, 7. Jan., um 20 Uhr findet im St. Elisabethenhaus ein Bunter Abend mit Humor, Frohsinn und artistischen Sensationen statt.

Die „Kolpingsbrüder auf großer Fahrt“ verfolgen drei Absichten mit diesem Gastspiel. Zunächst beabsichtigen sie, wirklich echten Frohsinn und reine Freude unter das Publikum zu tragen. Weiterhin wollen sie beweisen, daß Kolpingssöhne in der Lage sind, ein echtes Varietéprogramm aufzuführen.

Kolpingfamilie

Kommenden Sonntag, 6. Jan., 15 Uhr Generalversammlung im Gasthaus zum „Hirsch“. Um vollzähliges und pünktliches Erscheinen wird gebeten.

Der Mann, der alle bezaubert: „Bellachin“

Wenn der Name „Bellachin“ an den Anschlagstulen prangt, geht überall ein Raunen von Ohr zu Ohr, da „ubeln die Kleinen und die Erwachsenen sind voller Neugierde und Spannung. Auf der ganzen Erdenrunde ist sein Name in aller Munde: „Bellachin“.

Am Sonntag, 6. Jan., findet in der Ettlinger Stadthalle nachmittags 16 Uhr eine Familien- und Kindervorstellung statt (alle nummerierten Sitzplätze für Kinder nur 50 Pf., Erwachsene 1.—DM) und abends 20 Uhr die Gala-Größ-Zauberschau. Karten im Vorverkauf im Zigarrenhaus Störcher, Ettlingen, Kronenstr. 3, Telefon 703.

Jugend auf dem Rathaus

Nachdem vor kurzem Bürgermeister Rimmlerspacher vor einer Arbeitgemeinschaft des Realgymnasiums über Kommunalpolitik gesprochen hatte, erschien heute früh Prof. Michel Fuhs mit 25 Schülerinnen und Schülern auf dem Rathaus, damit die Jugend einen Tag lang die Kommunalarbeit in der Praxis miterleben kann.

Omnibushof Thiebauthplatz

Altbahnhof, Bundespost und die von ihnen eingesetzten Privatunternehmen mußten ihre Omnibusse bisher auf der schmalen Straße zwischen dem Stationsgebäude Ettlingen-Stadt und den Anlagen lassen.

Standesregister Ettlingen

Geburten vom 16. Dez. bis 31. Dez. 1951:

- 15. 12. Walter Josef, Vater: Richard Jos. Utz, Bäckermeister, Schöllbronner Str. 4.
17. 12. Peter Karl, Vater: Karl Rietschele, Masch.-Schlosser, Rotensol, Krummholzstr. 34.
20. 12. Werner, Vater: Hermann Unser, Landwirt, Muggensturm, Hauptstr. 86.
21. 12. Roland, Vater: Willi Albert Müller, Kraftfahrer, Schöllbronner Str. 9.
23. 12. Klaus Dieter und Karl-Helmut, Vater: Ant. Benz, Glaser, Pfaffenrot, Hauptstraße 139.
27. 12. Norbert, Vater: Egon Schöberl, Student, Marktstr. 8.

Eheschließungen vom 16. bis 31. Dez. 1951:

- 21. 12. Roger Edmond Buhot, und Johanna Katharina Knebel, Grabengasse 6.
21. 12. Helmut Speiß, Eppingen und Liesel Eva Horn, Bulacher Str. 22a.
22. 12. Otto Bönick, Pforzheimer Str. 93 und Rosa Prokopschuk, geb. Philipp, Wassenstr. 6.
22. 12. Ernst Neumann, Barnstorf und Hildegard Riedemann, Barnstorf.
22. 12. Josef Wiener, Mühlenstr. 97 und Ruth Liesel Schindler, Albst. 1.
22. 12. Egon Schiefer, Pforzheimer Str. 83 und Hedwig Rosaline Gasch, Fliederweg 6.
23. 12. Heinrich Steinhäuser, Etzenrot-Neurod, Fabrikstr. 98 und Anna Bauchner, Erlengeweg 3.
31. 12. Mychajlo Melnyk, Karlsruhe-Kneilingen und Elisabeth Mayer, Feldbergweg 11.

Sterbefälle vom 16. bis 31. Dez. 1951:

- 16. 12. Maria Magdalena Schnepf, geb. Obert, Bulacher Str. 39.
18. 12. Benita Kreszenz Annedore Eicke, geb. Huber, Freiburg, Turmstr. 27.
29. 12. Johann Gg. Grundhöfer, Rheinstr. 63.
31. 12. Friedrich Karl Speck, Bismarckstr. 3a.
31. 12. Anna Maria Steiger, geb. Wolfperger, Windenreute, Kr. Emmendingen.
31. 12. Rosalie Bollan, geb. Schmitt, Sibyllastraße 19.
31. 12. Hubert Gimbler, Pforzheimer Str. 83.

Frieden und Wohlergehen im neuen Jahr

Jahresschlussfeier des Arbeiter-Rad- und Kraftfahrvereins „Solidarität“

Die junge Ortsgruppe der „Solidarität“ erfreut sich in der Bevölkerung einer wachsenden Beliebtheit, wie der starke Besuch bei der Jahresschlussfeier des Vereins im Saal des „Darstellungshof“ am Sonntag vor Neujahr bewies.

Den größten Teil der Programmgestaltung

hatten die beiden Brüder Reich übernommen, die für ihre musikalischen Darbietungen

berufstätigen Fahrgäste es etwas bequemer haben. Das Stadtkommando hat den östlichen Teil der Anlagen zu einem Parkplatz umgewandelt, der mit einem etwas zu schnurgeraden Randstein an den Rest der Grünflächen grenzt.

Diesem harten Eingriff in die Thiebauthanlagen werden weitere folgen. Der Fußweg zum Stationsgebäude muß begrünt und verbreitert werden.

Was bleibt vom Thiebauthplatz übrig? Einige schmale Grünstreifen und die schönen Bäume. Man sollte etwas Würdiges gestalten, das mehr als bisher die auswärtigen Besucher unserer Stadt erfreut und auch für die Einwohner ein Stück erholsamer Natur bildet.

Standesregister Ettlingen

Geburten vom 16. Dez. bis 31. Dez. 1951:

- 15. 12. Walter Josef, Vater: Richard Jos. Utz, Bäckermeister, Schöllbronner Str. 4.
17. 12. Peter Karl, Vater: Karl Rietschele, Masch.-Schlosser, Rotensol, Krummholzstr. 34.
20. 12. Werner, Vater: Hermann Unser, Landwirt, Muggensturm, Hauptstr. 86.
21. 12. Roland, Vater: Willi Albert Müller, Kraftfahrer, Schöllbronner Str. 9.
23. 12. Klaus Dieter und Karl-Helmut, Vater: Ant. Benz, Glaser, Pfaffenrot, Hauptstraße 139.
27. 12. Norbert, Vater: Egon Schöberl, Student, Marktstr. 8.

Eheschließungen vom 16. bis 31. Dez. 1951:

- 21. 12. Roger Edmond Buhot, und Johanna Katharina Knebel, Grabengasse 6.
21. 12. Helmut Speiß, Eppingen und Liesel Eva Horn, Bulacher Str. 22a.
22. 12. Otto Bönick, Pforzheimer Str. 93 und Rosa Prokopschuk, geb. Philipp, Wassenstr. 6.
22. 12. Ernst Neumann, Barnstorf und Hildegard Riedemann, Barnstorf.
22. 12. Josef Wiener, Mühlenstr. 97 und Ruth Liesel Schindler, Albst. 1.
22. 12. Egon Schiefer, Pforzheimer Str. 83 und Hedwig Rosaline Gasch, Fliederweg 6.
23. 12. Heinrich Steinhäuser, Etzenrot-Neurod, Fabrikstr. 98 und Anna Bauchner, Erlengeweg 3.
31. 12. Mychajlo Melnyk, Karlsruhe-Kneilingen und Elisabeth Mayer, Feldbergweg 11.

Sterbefälle vom 16. bis 31. Dez. 1951:

- 16. 12. Maria Magdalena Schnepf, geb. Obert, Bulacher Str. 39.
18. 12. Benita Kreszenz Annedore Eicke, geb. Huber, Freiburg, Turmstr. 27.
29. 12. Johann Gg. Grundhöfer, Rheinstr. 63.
31. 12. Friedrich Karl Speck, Bismarckstr. 3a.
31. 12. Anna Maria Steiger, geb. Wolfperger, Windenreute, Kr. Emmendingen.
31. 12. Rosalie Bollan, geb. Schmitt, Sibyllastraße 19.
31. 12. Hubert Gimbler, Pforzheimer Str. 83.

Unterschiedliches Wetter

Am kommenden Sonntag setzen die Handballer die Spiele der Rückrunde fort, und zwar müssen sie zu der spielstarken TSG nach Pforzheim.

Heifer der Menschheit

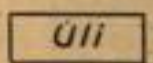


Elsa Brandström

der „Engel von Sibirien“, betreute im ersten Weltkrieg die deutschen Kriegsgefangenen in Rußland trotz größten Gefahren.

Unfälle im Jahr 1951

Nach einer Statistik der Stadtpolizei Ettlingen haben sich hier im Jahr 1951 111 Verkehrsunfälle ereignet (1950: 96). Dabei wurden auf Straße und Schiene 6 Personen (1950: 4) getötet und 66 verletzt (1950: 60).



„Dick und Doof als Studenten“ mit Stan Laurel und Oliver Hardy, dazu im Beiprogramm „Bändijagd in Colorado“ mit William Boyd zeigt das Uli am Samstag um 17 Uhr und Sonntag 14 Uhr.

„Vom Teufel gejagt“

Ein nach Stoff und Besetzung außerordentlicher Film, der das spannungsgeladene Schicksal des Arztes und Forschers Dr. Blank berichtet. Von der Idee besessen, Kranken, die unter Bewußtseinsspaltung leiden, mit einem neuen, von ihm zu findenden Mittel Hilfe bringen zu müssen, vollzieht dieser Dr. Blank eine Selbstinjektion.

Aus den Albgau-Gemeinden Reichenbach

Jahresbilanz und Zukunftspäne

Reichenbach. Das hiesige Standesamt verzeichnete im Jahre 1951 34 Geburten, zuzüglich 2 Geburten, deren Eltern ihren Wohnsitz in der Gemeinde haben. Den Bund für Leben schlossen in diesem Jahr 22 Paare (1950 waren es 34).

Schöllbronn

Schöllbronn. Frau Karolina Kunz, geborene Schottmüller, feierte gestern ihren 77. Geburtstag. Wir gratulieren.

Mannheimer Schlachtviehmarkt vom 3.1.

Auftrieb: Rinder 338, Kälber 278, Schafe 6, Schweine 1358, Ziegen 1. Preise: Ochsen A 110 bis 115, B 100-107, Bullen A 110-115, B 100-109; Kühe A 82-90, B 73-79, C 61-71, D 58; Färwen A 112-118, B 104-111; Kälber A 142-147, B 129 bis 138, C 114-122, D 112; Schweine A 138-148, B 118-124, C 135-140, D 136-139, E 118-124, G II 108-116, Marktversauf: Grobvieh mittel, ältere Ochsen und Kühe langsam, Überstand, Kälber schleppend, Spitzentand über Notiz, Schweine langsam, größerer Überstand.

Rheinwasserstand am 3.1.; Konstanz 280 (-2) Rheinfelden (-) Breisach 148 (+16) Straßburg 222 (+12) Maxau 392 (+16) Mannheim 261 (+19) Caub 192 (+8)

Wettervorhersage

Freitag wechselnd bewölkt, höchstens noch vereinzelt geringe Schauer, Temperaturen nicht über 5 Grad ansteigend. Mäßige südwestliche bis westliche Winde. Nachts Frost bis zu minus 5 Grad. Im Laufe des Samstag leichte Bewölkungszunahme, im allgemeinen aber niederschlagsfrei. Temperaturen wenige Grade über null ansteigend. Barometerstand: Veränderlich. Thermometerstand (heute früh 8 Uhr.): +3°

ETTLINGER ZEITUNG

Südd. Heimatzeitung für den Alb- gau. Verantwortlicher Herausgeber: A. Graf. — Druck und Anzeigenannahme: A. Graf, Ettlingen, Schöllbronner Straße 5, Telefon 187

Anzeigen-Annahme für Karlsruhe: Annoncen-Kreis oHG, Karlsruhe, Waldstr. 30, Ruf 713

Umschau in Karlsruhe

Gewerkschaften tagen in Kehl
Karlsruhe (Isw). Der Landesbe-

Aus der badischen Heimat

Norbadische Landräte tagen in Sinsheim
Sinsheim (Isw). Die Landräte der nord-

Das Hochzeitsgeschenk: 5 Monate Gefängnis
Pforzheim (Isw). Etwas nervös sah ein

John Dillinger war das Vorbild
Rastatt (Isw). Wegen Gefangeneneuterei

Mahnmonier Staatspräsident Wohleb
Freiburg (Isw). Der Ministerpräsident

Nach 16 Jahren Besuch in der Heimat
Engelswies (Isw). Zwei aus Engelswies

gehören in der Heimat verlegt. Mit dem

Bis auf die Grundmauern niedergebrannt
Hottingen/Hotzenwald (Isw). In dem

Vorauszahlungen für den Finanzausgleich

Stuttgart (Isw). Das Bundesfinanz-

Fall Bischof kommt vor den Landtag

Wertheim (Isw). Das Plenum des würt-

Lotte Bischof hatte im Jahre 1946 ein

Wie der Berichterstatter des Rechtsaus-

sten Feststellungen auf einen anscheinend

Kupfer und Messing zeitweise gestohlen
Singen (Isw). Bei der Überprüfung der

Dr. Heuss übernimmt Schirmherrschaft

Weinbaukongreß in Freiburg
Freiburg (Isw). Bundespräsident Pro-

Scharfe Worte gegen Dr. Dehler
Telegramm an den Bundesminister

„Altbadener — das Gewissen der CDU“
Wohleb sprach am Bodensee

Konstanz (Isw). Der südbadische Staats-

Diebe in MEXIKO
VON HANS ROSE
Copyright by Bechtold-Pressedienst, Fallberg

„Aber er hat sich doch den Weg genau

Galopp an und ließen bald das Dorf hinter

weststaat. Während der Tagung, an der etwa

„Wirtschaftskraft am Hochrhein“
Eine Leistungsschau in Waldshut

Aus den Nachbarländern

Feuerwerkskörper verursachte Brand

100 000 DM Sachschaden in Großaspach
Groß-Aspach (Isw). Die Ursache des

Gewogen und für zu schwer befunden
Nürtingen (Isw). Essen und Trinken

Stammheimer Aufbauhilfe geht nach Paris
Stammheim, Kreis Calw (Isw). Als An-

zurückgekehrt? Oder hatten sie ihn auf der



